



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Kreisausschuss

Es informiert Sie:	Charlotte Delahaye
Telefon:	02104/99-1224
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	charlotte.delahaye@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 24.03.2017

Niederschrift

zur Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 23.03.2017, 16:09 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Thomas Hendele

Mitglieder

Detlef Ehlert

Alexandra Gräber

Ursula Greve-Tegeler

Dr. Bernhard Ibold

Martina Köster-Flashar

Manfred Krick

ab 16:23 Uhr, TOP 9

Ilona Kuchler

Waldemar Madeia

Klaus Müller

Dieter Roeloffs

Hans-Dieter Schneider

Stephan Schnitzler

Manfred Schulte

Udo Switalski

Ewald Vielhaus

Klaus-Dieter Völker

Verwaltung

Andreas Ahlemeier

zu TOP 6

Harald Beier

Denise Brauer

Charlotte Delahaye

Ulrike Haase

Nils Hanheide
Daniela Hitzemann
Thomas Jarzombek
Geertje Jeschke
Martin M. Richter
Martin Schlüter

zu TOP 5

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.02.2017
3. Informationen der Verwaltung
4. Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Kreisausschusses und des Kreistages aus dem Jahr 2016 01/003/2017
5. Berichterstattung zum Mädchenmerker 2016/2017 01/006/2017
6. Prüfauftrag der FDP-Kreistagsfraktion Umstellung auf Recyclingpapier 10/013/2017
7. Fortsetzung des Statusberichtes Erneuerbare Energien hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. 70/004/2017
8. Statusbericht Erneuerbare Energien hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 70/003/2017
9. Ertüchtigung der Cafeteria am Berufskolleg Niederberg in Velbert 23/003/2017
10. Änderungen für den Beförderungsdienst für schwerbehinderte Menschen im Kreis Mettmann - Vorlage 57/008/2016 hier: Anregung nach § 21 KrO NRW 01/004/2017
11. Fortschreibung des Bedarfsplans für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann 32/003/2017
12. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

13. Informationen der Verwaltung

Öffentlicher Teil

14. Kreisleitstelle – Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Errichtung von Ausnahmeabfrageplätzen 32/002/2017

Nicht öffentlicher Teil

15. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen worden sind. Anschließend stellt er die Anwesenheit fest. KA Hagling wird durch KA Schneider vertreten.

Im Anschluss stellt Landrat Hendele die Beschlussfähigkeit fest.

Es wird vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt

14. Kreisleitstelle – Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Errichtung von Ausnahmeabfrageplätzen

im öffentlichen Teil der Sitzung nach

11. Fortschreibung des Bedarfsplans für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann

zu beraten, da es sich um eine öffentliche Vorlage handelt.

Der Kreisausschuss stellt die Tagesordnung inklusive der Änderung fest.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.02.2017

Die Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses vom 02.02.2017 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Dienstreisegenehmigung

Entsprechend der neuen Regelung in der Hauptsatzung des Kreises Mettmann über das Verfahren von Dienstreisegenehmigungen, § 9, informiert Landrat Hendele die Mitglieder des Kreisausschusses über erteilte Dienstreisegenehmigungen.

Zur Teilnahme an einer Veranstaltung am 24.01.2017 „34. Parlamentariartreffen“ erteilte Landrat Hendele an KA Hagling, KA Ockel, KA Kramer, KA Hübinger, KA Küppers, KA Köster-Flashar, KA Ruppert und KA Switalski eine Dienstreisegenehmigung.

Zur Teilnahme an einer Veranstaltung am 10.02.2017 „RegioNetzWerk“ erteilte Landrat Hendele an KA Dr. Stapper eine Dienstreisegenehmigung.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen diese Information zur Kenntnis.

GPA-Bericht

Anlässlich der anstehenden Beratung über den GPA-Bericht im Rechnungsprüfungs- und Kreisausschuss am 29.06.2017 schlägt Landrat Hendele vor, den GPA-Bericht als pdf-Dokument zur Verfügung zu stellen. Aufgrund seines enormen Umfangs von über 700 Seiten, regt er an, jeweils lediglich ein Papierdokument den Fraktionen und der Gruppe zur Verfügung zu stellen.

Die Mitglieder des Kreisausschusses stimmen den Vorschlag zu, den Bericht als pdf-Dokument bereit zu stellen und verzichten darüber hinaus auf ein Papierexemplar für ihre Fraktion.

Zu Punkt 4: Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Kreisausschusses und des Kreistages aus dem Jahr 2016 - Vorlage Nr. 01/003/2017
--

Die Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Kreisausschusses und des Kreistages aus dem Jahr 2016 sowie die Fortschreibung der offenen Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge aus Vorjahren werden zur Kenntnis genommen.

Zum TOP/Betreff „Haushalt 2015: Erstellung eines Radverkehrskonzeptes (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)“, erkundigt sich KA Dr. Ibold nach den konkreten Abfrageergebnissen der kreisangehörigen Städte zu einem kreisweiten Nahmobilitätskonzept.

Landrat Hendele verweist auf den entsprechenden Hinweis in der Vorlage, dass weitere Beratungen in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz am 08.05.2017 erfolgen werden. Er sichert eine Mitteilung über die Abfrageergebnisse der kreisangehörigen Städte und die weitere Vorgehensweise aufgrund des nicht übereinstimmenden Interesses an einem kreisweiten Nahmobilitätskonzeptes zu.

Zu Punkt 5: Berichterstattung zum Mädchenmerker 2016/2017 - Vorlage Nr. 01/006/2017
--

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

KA Völker dankt der Verwaltung für die Erstellung und Bereitstellung des Mädchenmerkers und zeigt sich erfreut über die positive Annahme bei den Mädchen.

KA Kuchler schließt sich KA Völker an. Sie regt an, dass die Idee einer digitalen Umsetzung weiterhin verfolgt werden soll. Insbesondere erkundigt sie sich danach, ob der Mädchenmerker auch in Form einer App zur Verfügung gestellt werden könne. Sie bittet um eine Rückmeldung bis zu den kommenden Haushaltsberatungen 2018. Abschließend regt sie an, das Konzept des Mädchenmerkers entsprechend für Jungen zu entwickeln.

KA Köster-Flashar spricht ihren Dank der Verwaltung aus. Zur weiteren Entwicklung des Mädchenmerkers bittet sie um Überprüfung, ob und wie eine Zusammenarbeit mit dem Kreis-

integrationszentrum eingebunden werden könne, beispielhaft nennt sie eine mehrsprachige Auflage des Mädchenmerkers.

Landrat Hendele sichert eine Prüfung zur Einführung einer App, eines analogen Angebotes für Jungen und zu einer möglichen Zusammenarbeit mit dem Kreisintegrationszentrum zu.

Zu Punkt 6:	Prüfauftrag der FDP-Kreistagsfraktion Umstellung auf Recyclingpapier - Vorlage Nr. 10/013/2017
--------------------	---

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

KA K. Müller bedankt sich für die Überprüfung der Verwaltung. Er erkennt die Bemühungen der Verwaltung zur Nutzung von Recyclingpapier an.

KA Kuchler schließt sich den Äußerungen von KA K. Müller an. Sie erkundigt sich, ob die Beteiligung an einer gemeinsamen Einkaufsgemeinschaft (KoPart) für den Kreis vorteilhaft sei.

Herr Ahlemeier erklärt, dass die Beteiligung an einer Einkaufsgemeinschaft keine (weiteren) Vorteile für den Kreis Mettmann bringe. Die Bestellung des Kreises allein falle bereits in sehr hohen Mengen aus, sodass die Vorteile eines Mengenrabattes bereits gegeben seien. Zu bedenken sei, dass auch eine Einkaufsgemeinschaft eine kostenpflichtige Beteiligung voraussetze, die sich nicht durch die Bestellung über die Gemeinschaft amortisiere.

KA Dr. Ibold befürwortet grundsätzlich die Umstellung auf Recyclingpapier, betont aber, dass die Verwaltung bereits einen Schritt weiter denken solle, welches eine vollständige Umstellung auf die digitale Arbeit impliziere. Eine positive Entwicklung sehe er in der Tätigkeit der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines digitalen Sitzungsdienstes.

Landrat Hendele erklärt, dass die Umstellung auf eine papierlose Arbeit einen langen Prozess bedeute. Er sichert zu, dass in der Zwischenzeit die Verwaltung weiterhin für die Verwendung von Recyclingpapier werben wird und auch an der Lösung der technischen Probleme arbeite.

Zu Punkt 7:	Fortsetzung des Statusberichtes Erneuerbare Energien hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Vorlage Nr. 70/004/2017
--------------------	--

Betreffend der beiden Anträge der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Statusbericht Erneuerbare Energien, Tagesordnungspunkte 7 und 8, berichtet Herr Hanheide, dass ihm der Bericht aktuell vorliege und in der kommenden Woche vervielfältigt und versandt werden könne.

Vor diesem Hintergrund und der inhaltlichen Erledigung der Anträge zieht die Fraktion DIE LINKE. ihren Antrag zurück.

Zu Punkt 8:	Statusbericht Erneuerbare Energien hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage Nr. 70/003/2017
--------------------	---

Wegen der zu TOP 7 genannten Gründe zieht die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag zurück.

Zu Punkt 9: Ertüchtigung der Cafeteria am Berufskolleg Niederberg in Velbert - Vorlage Nr. 23/003/2017

Frau Haase erläutert den Inhalt der Vorlage. Betreffend der Kostenaufstellung betont sie, dass sämtliche Möglichkeiten der Kostenreduzierung geprüft worden seien. Eine weitere Reduzierung der Kosten sei indiskutabel, zumal die Kosten vornehmlich den investiven Bereich betreffen.

KA Völker regt an, bei zukünftigen Planungen von Mensen die vorliegenden Gegebenheiten und das Umfeld genauer zu überprüfen.

An KA Völker gewandt führt Frau Haase aus, dass die Verwaltung unter dem enormen Druck des Bundes und Landes stehe, Mensen zu errichten. Sie betont, dass der Kreis Mettmann mit dieser Umsetzung bereits sehr früh angefangen habe.

Die Mitglieder des Kreisausschusses beraten über folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird mit der Ertüchtigung der Cafeteria am Berufskolleg Niederberg in Velbert beauftragt.

Die Verwaltung wird die politischen Gremien im weiteren Verfahren rechtzeitig beteiligen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 10: Änderungen für den Beförderungsdienst für schwerbehinderte Menschen im Kreis Mettmann - Vorlage 57/008/2016 hier: Anregung nach § 21 KrO NRW - Vorlage Nr. 01/004/2017
--

Landrat Hendele erläutert den Hintergrund der Vorlage. Er stellt fest, dass der Petent zur heutigen Sitzung des Kreisausschusses nicht anwesend ist.

KA Schnitzler erklärt, dass die SPD-Fraktion die aktuelle Richtlinie des Beförderungsdienstes für schwerbehinderte Menschen im Kreis Mettmann (Beschluss 57/008/2016) beibehalten wolle. Zwar könne er das auf persönlichen Gründen beruhende Anliegen des Petenten nachvollziehen, dennoch weise er einen Rechtsanspruch und die geäußerte Kritik des Petenten ab. Durch die Änderung der Richtlinie sehe er auch keinen Nachteil für den Petenten. Eine Härtefallregelung befindet er vor dem Hintergrund der Leistungen durch die Eingliederungshilfe für obsolet. Er hält die juristische Argumentation für abwegig. Da der Petent nicht anwesend ist und eine doppelte Beratung mit gleichem Inhalt im Kreistag am 03.04.2017 vermieden werden soll, schlägt er vor, die Beratung ohne Beschlussempfehlung in den Kreistag zu verweisen.

KA Völker und KA K. Müller schließen sich der Äußerung von KA Schnitzler an.

KA Kuchler hält an ihrer Ablehnung der geänderten Richtlinie (wie bereits zum Zeitpunkt der Beschlussfassung am 19.12.2016) fest, erachtet die Argumentation des Petenten jedoch ebenfalls als nicht schlüssig.

Die Mitglieder des Kreisausschusses verweisen die Vorlage ohne Beschlussempfehlung in die Sitzung des Kreistages am 03.04.2017.

Zu Punkt 11: Fortschreibung des Bedarfsplans für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 32/003/2017

Herr Hanheide erläutert den Hintergrund der Vorlage. Der neue Rettungsdienstbedarfsplan sei insbesondere auf zusätzliche Bedarfe, veränderte Gegebenheiten und die neue gesetzliche Grundlage des Rettungsgesetzes zurückzuführen. Besonders positiv seien die Gespräche mit den Verbänden der Krankenkassen verlaufen – überwiegend redaktionelle Änderungen seien hier gefordert worden. Er betont, dass die Entscheidung des Kreistages unter Vorbehalt der Herstellung des Einvernehmens gestellt wird.

Unerwarteterweise habe sich die Stadt Velbert aktuell ablehnend zum Rettungsdienstbedarfsplan geäußert. Mit der Stadt Velbert, wie mit den anderen Städten, sei intensiv die Planung erarbeitet worden, sodass von einem Einvernehmen der Stadt ausgegangen werden konnte. Nunmehr habe die Stadt Personalprobleme angemeldet. Weitere Gespräche seien mit der Stadt Velbert vorgesehen. Abzuwarten bleibe die Ratsentscheidung der Stadt am 02.05.2017.

KA Völker zeigt sich über die positiven Verhandlungen mit den Verbänden der Krankenkassen erfreut. Die signalisierten Einwände der Stadt Velbert könne er hingegen nicht nachvollziehen.

Die Mitglieder des Kreisausschusses beraten über folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann wird – vorbehaltlich der Erklärung des Einvernehmens durch alle kreisangehörigen Städte sowie durch die Verbände der Krankenkassen – in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 14: Kreisleitstelle – Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Errichtung von Ausnahmeabfrageplätzen - Vorlage Nr. 32/002/2017

Zu Beginn der Beratung beantwortet Herr Hanheide eine Verständnisfrage von KA Schulte. Unter III. wird in der Vorlage berichtet, dass „zunächst“ die Einrichtung der Ausnahmeabfrageplätze in der Stadt Ratingen erfolgen solle. Unter II. a. werde allerdings ein redundantes System vorgeschlagen, mit der Besetzung von Ausnahmeabfrageplätzen durch aufgeschaltete Feuerwehr-Einsatzzentralen in einer Stadt im Nordkreis und einer Stadt im Südkreis.

Herr Hanheide führt hierzu aus, dass die Idealvorstellung einer einzigen Leitstelle, die sämtlichen Bedarf auch im Hinblick auf Sonderlagen decke, angesichts des ansonsten erheblichen Personalmehraufwands derzeit nicht gegeben sei, weshalb ein Alternativsystem mit einer doppelten Redundanz auszugestalten sei. Hierfür bieten sich die Städte Ratingen und Erkrath an. Er verweist dabei auf den Umstand, dass nur aufgeschaltete Städte als dezentrale Aus-

nahmeabfrageplätze zur Verfügung stehen und neben der Stadt Ratingen habe sich noch die Stadt Erkrath dazu bereit erklärt; diese könne die insoweit definierten Anforderungen auch erfüllen. Da die Ausnahmeabfrageplätze bei der Feuerwehr Ratingen aufgrund der räumlichen Voraussetzungen kurzfristig umgesetzt werden können, soll in einem ersten Schritt deren Umsetzung erfolgen. In einem 2. Schritt könne die Umsetzung in der Stadt Erkrath – auch unabhängig vom dortigen Neubau der Feuerwache – folgen.

KA Völker erkundigt sich, ob sich die Stadt Haan neben der Stadt Velbert bereits zum 01.07.2017 aufschalten könne und ob dies technisch realisierbar sei.

Herr Hanheide erläutert, dass sich die Stadt Velbert zum 01.07.2017 auf die Kreisleitstelle aufschalten werde. Hinsichtlich einer Aufschaltung der Stadt Haan könne er berichten, dass die Stadt durchaus einen entsprechenden Vorlagenbeschluss im Stadtrat einbringen möchte. Eine Aufschaltung sei kurzfristig technisch möglich.

Auf die Nachfrage von KA Krick skizziert Herr Hanheide die Durchführung des Krankentransports in der Stadt Velbert. Er erinnert daran, dass die Aufschaltung der Stadt Velbert wegen technischer Überalterung ihrer eigenen Einsatzzentrale erfolge. Allerdings möchte die Stadt Velbert eine solche weiter betreiben. Vor diesem Hintergrund soll sie – entsprechend der Planung im zu verabschiedenden Rettungsdienstbedarfsplan – als Teildienstsitz der Kreisleitstelle – in die zentrale Krankentransportdisposition eingebunden werden.

KA Dr. Ibold erkundigt sich nach dem aktuellen Verhandlungsstand mit den Städten Langenfeld und Monheim.

Hierzu berichtet Herr Hanheide von den bisherigen Ergebnissen des Arbeitskreises Kreisleitstelle 2020. Langenfeld habe bereits angekündigt, über eine Aufschaltung zu beraten, sobald die neue Kreisleitstelle tatsächlich in Betrieb gegangen sei.

Landrat Hendele führt zu den Verhandlungen mit der Stadt Monheim aus, dass derzeit intensive Verhandlungen geführt werden und die Stadt eine Entscheidung im Herbst treffen möchte. Er betont, dass eine Aufschaltung auf jeden Fall eine finanzielle Mehrbelastung für die Stadt bedeute.

Abschließend berichtet Herr Jarzombek, dass weitere intensive Gespräche geführt werden anlässlich eines Erlasses des Ministeriums für Inneres und Kommunales, welcher die zeitnahe Umsetzung der Qualitätsanforderungen für Notrufabfragestellen im Hinblick auf Technik und Personal fordere. Insofern seien die nichtaufgeschalteten Städte vermehrt unter Druck gesetzt.

Die Mitglieder des Kreisausschusses beraten über folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Ratingen über die Errichtung von Ausnahmeabfrageplätzen in der Einsatzzentrale der Feuerwehr Ratingen abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 12: Nachträge

- entfällt -

Vor Einstieg in die Beratungen des nichtöffentlichen Teils stellt Landrat Hendele die Nichtöffentlichkeit her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:51 Uhr

gez.
Thomas Hendele

gez.
Charlotte Delahaye